



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses
am Montag, 03.02.2014

Ort: Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Christopher Lötsch- CDU

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Dirk Freitag- CDU
Carl-Wilhelm Howe- Bü90
Kerstin Metzner- SPD
Ulrich Pluschkell- SPD
Harald Quirder- SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Ulrich Brock- CDU
Ute Friedrichsen- SPD
Nico Goldschmidt- FDP
Roswitha Kaske- CDU
Oliver Prieur- CDU

Dieter Rosenbohm- BfL
Hans-Jürgen Schubert- Bü90

Detlev Stolzenberg- Die PARTEI-PIRATEN
Tim Stüttgen- LINKE

Vertretung für: Herrn Dr. Eymer,
Burkhart

Vertretung für: Herrn Wolfgramm,
Herbert

Vertretung für: Frau Jansen, Antje

Verwaltung

Dennis Bunk- GMHL
Dr. Stefan Klotz- Stadtgrün und Verkehr

Karsten Schröder- Stadtplanung
Marc Langentepe- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Andreas Krause- Stadtplanung
Ludwig Klemm- Gesamtpersonalrat

17:30 Uhr bis 18:30 Uhr
bis 18:05 Uhr

Protokollführung

Thomas Kaacksteen-

Gäste

Michael Rostkowski-	Nur öT
Josephine von Zastrow- Lübecker Nachrichten	Nur öT
Tim Jelonnek- Stadtzeitung	Nur öT

Sonstige Personen

Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Nur öT
Klaus-Dieter Zander- Seniorenbeirat	Nur öT

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Burkhard Eymer- CDU	Entschuldigt abwesend
Antje Jansen- LINKE	Entschuldigt abwesend
Herbert Wolfgramm- Bü90	Entschuldigt abwesend

Sonstige Personen

Erika Bade- Behindertenbeauftragte	Entschuldigt abwesend
------------------------------------	-----------------------

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
 - 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.2. Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
 - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 20.01.2014
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
 - 2.1. Bebauungsplan 10.04.00 - Blankensee/ Alter Dorfkern -
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/2013/01205
3. Sonstige Beschlussvorlagen
4. Mitteilungen und Berichte
 - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 4.2. Sonstige Mitteilungen und Berichte
 - 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
 - 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
 - 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
 - 5.2. Neue Anfragen
 - 5.3. Anträge
 - 5.3.1. Antrag aus der Bürgerschaft vom 28. November 2013:
Verlässlichkeit auf der Herreninsel.
Vorlage: VO/2013/01216
 - 5.3.2. Antrag von Herrn Pluschkell vom 29.01.2014:
Vorlage: VO/2014/01303

13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Allgemeiner Teil

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden.

TOP 1.2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Herr Lötsch beantragt die Vertagung des folgenden TOP auf die Bauausschusssitzung am 17.02.2014, mit der Bitte um Teilnahme einer Mitarbeiterin bzw. eines Mitarbeiters aus dem Bereich 2.280 (Wirtschaft und Liegenschaften):

5.3.1 Antrag aus der Bürgerschaft vom 28. November 2013 (Verlässlichkeit auf der Herreninsel).

Herr Pluschkell hinterfragt die Zuständigkeit des Bauausschusses zu diesem Thema und sieht eher den Wirtschaftsausschuss als federführend.

Herr Senator Boden sagt eine Prüfung durch den Bereich Recht zu.

Herr Freitag möchte wissen, warum der TOP 6.3.2 (Bericht über den Straßenraum und Parksituation im Gründerviertel) und der TOP 6.3.3 (Sachstand Bebauung Stadthausgrundstück) im nicht-öffentlichen Teil des Bauausschusses behandelt werden.

Herr Senator Boden erläutert, dass er dazu im nicht-öffentlichen Teil etwas sagen werde.

Die Verwaltung bittet außerdem um die Aufnahme des folgenden TOP:

Öffentlicher Teil:

5.3.2 Antrag von Herrn Pluschkell vom 29.01.2014:

„Gehwege unter der Puppenbrücke“

(E) – Zur Entscheidung

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie vorab besprochen einstimmig.

TOP 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 20.01.2014

Ergänzung zu TOP 2.1 (20.01.2014):

Frau Metzner bemängelt, dass die Stellungnahmen der EBL zur Versickerung bei Starkregenereignissen nicht gebührend berücksichtigt werden. Eine Überfeuchtungsrinne sei nicht ausgewiesen.

Ergänzung zu TOP 5.1.5 vom 02.12.2013:

Im Zusammenhang mit der Schulwegbeleuchtung (TOP 5.1.5) spricht Frau Friedrichsen eine Energieeffizienzverordnung der EU an.

Richtig sei: Es handelt sich bisher um eine Richtlinie der EU vom 25. Oktober 2012, Nr. 2012/27/EG zur Energieeffizienz. Da die freiwillige Selbstverpflichtung zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führte, wird es kurz- bis mittelfristig zu einer Verordnung kommen.

Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift unter Maßnahme der vorgenannten Änderung einstimmig.

TOP 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

TOP 2.1 Bebauungsplan 10.04.00 - Blankensee/ Alter Dorfkern - - Satzungsbeschluss - Vorlage: VO/2013/01205

Herr Howe erklärt, dass seine Einwände der letzten Bauausschusssitzung am 20.01.2014 nicht beantwortet wurden und er diese deshalb wiederholen werde. Wenn diese Einwände abgearbeitet seien, könne der B-Plan erneut vorgelegt werden, merkt Herr Howe weiter an.

Herr Howe zählt folgende Einwände auf:

- Es wurden verschiedenste Einwände zusammengefasst (z.B. BUND und Einwohner), so dass nicht mehr ersichtlich sei, wer was gesagt habe. Auch sei es dadurch nicht nachvollziehbar, kommt alle Einwände korrekt wiedergegeben seien.
- Ein Schreiben aus der Verwaltung (November 2011) bezüglich der Planung soll im B-Plan nicht enthalten sein (Verändertes Dorfbild, Grundstücksgrößen weichen von den dorftypischen Größen ab, Stellplätze, usw.). Bei den jungen Familien heutzutage besteht eine hohe Mobilität, sodass hierfür nicht genügend Parkraum zur Verfügung stehe.
- Es wurden schon Baugenehmigungen ausgegeben, obwohl der B-Plan noch gar nicht beschlossen sei.
- Momentan gäbe es 63 Wohneinheiten in Blankensee. Eine Ergänzung von geplanten 40 Wohneinheiten wäre ein Verstoß gegen das Einfügungsgebot.
- Die Emissionen des Gewerbeparks wurden nur Einzel betrachten und nicht im Zusammenhang.
- Die Infrastruktur des Dorfes Blankensee sei nicht für Zuwachs geeignet (fehlende KiTa's und Schulen).

- Im Flächennutzungsplan seien die Flächen nicht als Bauland ausgewiesen, 1/3 läge im Außenbereich.
- Es seien DHH vorgesehen, aber es wurden zum Teil freistehende EFH genehmigt.
- Es gäbe eine Baubeschränkung von 980qm, aber die Flächen I und II ergäben zusammen 780qm.
- Die geplante Reinigung der Entwässerung sei nicht zulässig.
- Die neu zu erstellenden Knicks, müssten auf Grund des moorigen Untergrundes aufgeschüttet werden. Es sei aber nicht bekannt, woher dafür der Boden herkomme.
- Die alten Knicks seien im Bestand nicht mit aufgenommen worden, dadurch konnte die untere Naturschutzbehörde dazu keine Stellung nehmen, dieses wäre ein Fehler im B-Plan.

Insgesamt sei Herr Howe der Meinung, dass der B-Plan überarbeitet werden müsse. Prinzipiell sei er nicht gegen eine Bebauung in Blankensee, aber nicht in diesem Umfang.

Herr Howe beantragt eine Vertagung des Beschlusses.

Herr Lötsch erklärt, dass jede Änderung im B-Plan eine neue Auslegung mit sich bringe und dass seiner Meinung nach zwei Stellplätze für ein EFH ausreichend wären.

Herr Stolzenberg erwähnt, dass er sich der Meinung von Herrn Howe anschließen würde und viele Dinge im B-Plan nicht geklärt seien. Herr Stolzenberg bemängelt die Festsetzungen der Richtungsbeleuchtung und hinterfragt deren Zweckmäßigkeit. Auch das nicht zulässige Einbringen von Boden ins Baugebiet sei seiner Meinung nach fraglich. Insgesamt ist für ihn eine normale Bebauung auf Grund des FFH nicht vorstellbar.

Herr Stolzenberg bemängelt weiterhin die Festsetzung des Knickbewuchses mit Dornensträuchern (Gefahr für Kinder), die maximal gestattete Terrassengröße von 20qm, die maximale Breite von Glasscheiben von 1,50m und die festgelegten 30% bei den Fugen der Stellplätze. Diese Festsetzungen unterscheiden sich, seiner Meinung nach, deutlich von anderen Baugebieten und seien deshalb zu hinterfragen.

Herr Lötsch merkt an, dass es sich hierbei um ein LSG und nicht um ein FFH-Gebiet handele.

Herr Prieur spricht das Wohnungsmarktkonzept 2013 an, bei dem man auch auf solche Flächen zur Bebauung angewiesen sei. Insgesamt gäbe es davon viel zu wenig in Lübeck. Seiner Meinung nach, wären zwei Stellplätze pro Wohneinheit auch ausreichend und die genannten Argumente klingen nach Verhinderung.

Herr Stolzenberg erwähnt, dass es zwei Stellplätze pro Grundstück wären, aber pro Grundstück gleichzeitig zwei Wohneinheiten möglich seien.

Herr Lötsch erwidert, dass man dann auch die gleichen Maßstäbe für alle Baugebiete anlegen müsse.

Herr Stolzenberg merkt nochmals an, dass es für 40 zugelassene Wohneinheiten 80 Stellplätze geben müsse. Generell sei er für eine Entwicklung der ländlichen Gemeinden. Die Sorgen der jetzigen Bewohner aus Blankensee müsse man auch ernst nehmen, führt Herr Stolzenberg weiter aus.

Herr Dr. Brock merkt an, dass das Wort Sorge sehr abstrakt sei und möchte daher wissen, wie die angesprochenen Sorgen begründet seien. Seiner Meinung nach sei es positiv, in einem in seiner Struktur gefährdeten Bereich neue Bürger anzusiedeln. Aus seiner Sicht sei das Problem mit den Stellplätzen nicht vorhanden, da weitere 14 Plätze geschaffen werden sollen. Herr Dr. Brock fragt, warum man sich gegen die Belange des Naturschutzes wenden solle, da von dort offensichtlich eine Abwägung stattgefunden habe. Auch Terrassen von 20qm findet Herr Dr. Brock als angemessen und es soll doch auch eine Entscheidung von den Personen sein, die dort hinziehen wollen.

Herr Dr. Brock erwidert zu den Eingangs von Herrn Howe angeführten Argumenten, dass normalerweise für Herrn Howe die Grundstücksflächen zu groß seien und hier auf einmal zu klein und das Neuansiedlungen meistens im Außenbereich lägen. Herr Dr. Brock sei gegen eine Vertagung, da man mehr als 10 Jahre geplant habe und jetzt alles in Frage stelle. Es wäre unangemessen heute nichts zu entscheiden.

Frau Metzner bemängelt das Ansetzen von unterschiedlichen Maßstäben. Die problematischen Aspekte würden hier heruntergespielt werden. Man müsse sich zu solchen Problemen (fehlende Stellplätze, Schulen, usw.) offen bekennen ergänzt Frau Metzner ihre Ausführungen. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.

Herr Howe erwähnt, dass er durchaus nichts gegen eine Bebauung habe, aber anders, als es hier festgelegt werden solle. Die Bebauung würde sich in das Dorf nicht einfügen. Herr Howe sei immer noch für eine Vertagung, damit die Verwaltung die aufgeworfenen Fragen beantworten könne.

Herr Senator Boden macht deutlich, dass die vorgetragenen Anregungen und Bedenken aus der Mitte des Bauausschusses zu einer erneuten Offenlage führen, da der B-Plan in seinen Grundzügen zu ändern wäre, und nicht zum Satzungsbeschluss geändert werden könnte.

Herr Prieur erwähnt, dass die Paul-Klee-Schule oder die St. Jürgen Grundschule alternativen für den Schulbesuch seien, da dort auch noch die geforderten Schülerzahlen erreicht werden müssten. Die Struktur in Blankensee könne auch nur dann erhalten bleiben, wenn es zu Ansiedlungen komme. Das wiederum spiegelt sich auch positiv auf dem Nahverkehr wieder.

Herr Goldschmidt findet den von Frau Metzner getätigten Vergleich nicht treffend. Er sei der Meinung, dass es zu einer Entscheidung kommen solle und nicht mit einer Vertagung zu einer Verzögerungstaktik.

Herr Stolzenberg gibt Herrn Senator Boden in seinen oben gemachten Äußerungen zwar grundsätzlich recht, aber es sehe es als Klimmzüge an, wenn man an einer schlechten Lösung festhalte anstatt ein gute Lösung zu finden. Seiner Meinung nach müsse der B-Plan verändert werden, da er mit diesen Auflagen nicht nachvollziehbar sei. Die Erhaltung des notwendigen Nahverkehrs sieht Herr Stolzenberg auch als wichtig an.

Bei der Schulnutzung sieht Herr Stolzenberg die Wulfsdorfer Schule als zu weit an und er sei der Meinung, dass die Eltern bei freier Schulwahl ihre Kinder dann auf dem Weg zur Arbeit bei einer auf dem Weg liegenden Schule einschulen würden.

Herr Lötsch ergänzt die von Herrn Stolzenberg getätigte Feststellung, dass Fenster dort nicht breiter als 1,50m sein dürfen, mit dem Zusatz, dass dann ein Pfosten notwendig sei.

Herr Howe ist der Meinung, dass es erlaubt sei, Änderungen einzubringen bis ein B-Plan beschlossen sei.

Herr Senator Boden widerspricht Herrn Howe und stellt nochmals fest, dass die vorgebrachten Änderungswünsche zu einer erneuten Offenlage führen, da die Grundzüge der Planung berührt seien.

Frau Metzner ist der Meinung, dass viele Bedenken heruntergeredet würden und nicht ausgeräumt und daher auch noch vorhanden seien.

Herr Dr. Brock wiederholt noch einmal, dass es in jedem neu zu erschließenden Wohngebiet diverse Festsetzungen gäbe, die den jeweiligen Standorten angepasst seien.

Herr Pluschkell sieht es als wichtig im B-Plan an, dass die städtebauliche Verdichtung gegeben sei. Es sei nur irritiert, dass auf einem recht kleinen Grundstück von 450qm auch

Kleintierhaltung möglich sein solle.

Weiterhin stellt Herr Pluschkell die Frage, warum man nur davon ausgehe, dass junge Familien sich dort ansiedeln werden. Er sieht das Gebiet auch als Wohnort für ältere Bürger, bei denen die Schule keine Rolle mehr spiele.

Herr Stolzenberg erwähnt noch einmal, dass das Beleuchtungskonzept in einem Neubaugebiet wichtig sei. Hier beginne das Grundstück allerdings schon im Naturschutzgebiet. Er sieht auch die Rechtssicherheit des Planes nach einem möglichen Beschluss nicht als gegeben an. Wenn die Stadt Lübeck die neue Erschließungsstraße von den EBL übernehme und die Versickerung nicht gegeben sei.

Herr Lötsch entgegnet, dass die bauliche Auslegung der Straße in der Verantwortung des Investors lege und es zeitlich länger dauern würde, bis die Hansestadt Lübeck die Straße übernehmen werde.

Herr Senator Boden bestätigt das von Herrn Lötsch Gesagte, und dass die Stadt auch nur Flächen übernehme, die im Sinne des Erschließungsvertrages ordnungsgemäß hergestellt wurden.

Herr Howe bittet um eine kurze Unterbrechung (16:58 Uhr).

Nach einer Unterbrechung (17:08 Uhr) lässt Herr Lötsch über den Antrag einer Vertagung von Herrn Howe abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für eine Vertagung:	7 Stimmen
Gegen eine Vertagung:	8 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt mehrheitlich gegen eine Vertagung der Vorlage.

Herr Lötsch lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage:	8 Stimmen
Gegen die Vorlage:	2 Stimmen
Enthaltungen:	5 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich die Beschlussvorlage zu beschließen.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft billigt den für den Bebauungsplan 10.04.00 – Blankensee/ Alter Dorfkern – erstellten Auswertungsbericht zu den im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen in der vorliegenden Fassung (Anlage 1 und 2) .

Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes 10.04.00 – Blankensee/ Alter Dorfkern – nach § 3 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen

der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck mit folgendem Ergebnis geprüft:

a) berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Archäologie und Denkmalpflege, Abtl. Archäologie, Hansestadt Lübeck (HL), vorgebracht mit Schreiben vom 27.05.11 und vom 15.10.13,
- Bereich Feuerwehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 30.05.11 und 08.07.13,
- Bereich Haushalt und Steuerung, vorgebracht mit Schreiben vom 11.07.13
- Bereich Umweltschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 05.07.11,
- Bereich Naturschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 01.07.11 und 04.08.11 und
- Bereich Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz vorgebracht mit Schreiben vom 02.07.13,
- Bereich Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 18.07.11,
- Bereich Stadtgrün und Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 07.08.13,
- Entsorgungsbetriebe; HL, vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11, 18.07.13 und vom 15.10.13,
- LLUR Schleswig-Holstein, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südost vorgebracht mit Schreiben vom 24.07.13
- Kreis Herzogtum Lauenburg vorgebracht mit Schreiben vom 05.04.12 und vom 06.08.13,
- Landeskriminalamt, Sachgebiet 323, Kampfmittelräumdienst, vorgebracht mit Schreiben vom 06.07.11,
- AG 29 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11,
- BUND vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und vom 23.01.08 (im Rahmen der frühz. Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB),
- Initiative Zukunft Blankensee e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11, 05.08.13 und vom 18.11.13,
- NABU Schleswig-Holstein und Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11,
- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11,
- Anwohner 1, 2, und 7 vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11 bzw. Anwohner 4 vorgebracht mit Schreiben vom 15.07.11 und Anwohner 9 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und
- Anwohner 2 vorgebracht mit Schreiben vom 05.08.13 und vom 13.11.13.

b) teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Naturschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 01.07.11,
- Bereich Umweltschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 05.07.11,
- Bereich Verkehr, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 18.07.11,
- BUND vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und vom 23.01.08 (im Rahmen der frühz. Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB),

- Initiative Zukunft Blankensee e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11, vom 05.08.13 und vom 18.11.13,
- NABU Schleswig-Holstein und Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11,
- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11,
- Anwohner 1 und 2 vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11 bzw. Anwohner 8 vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11 und Anwohner 9 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und
- Anwohner 1 vorgebracht mit Schreiben vom 05.08.13.

c) nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

- Bereich Naturschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 01.07.11 und 04.08.11,
- Bereich Umweltschutz, HL, vorgebracht mit Schreiben vom 05.07.11 und
- Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz vorgebracht mit Schreiben vom 02.07.13,
- Entsorgungsbetriebe Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 18.07.13 und vom 15.10.13,
- Investitionsbank Schleswig-Holstein vorgebracht mit Schreiben vom 31.07.13
- Kreis Herzogtum Lauenburg vorgebracht mit Schreiben vom 05.04.12,
- AG 29 vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11 und vom 06.08.13,
- BUND vorgebracht mit Schreiben vom 22.07.11, vom 23.01.08 (im Rahmen der frühz. Beteiligung gem. § 3 (1) BauGB) und vom 06.08.13,
- Initiative Zukunft Blankensee e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 21.07.11, vom 05.08.13 und vom 18.11.13,
- NABU Schleswig-Holstein und Lübeck vorgebracht mit Schreiben vom 19.07.11 und vom 06.08.13,
- Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm und Umgebung e.V. vorgebracht mit Schreiben vom 20.07.11, vom 06.08.13 und 14.11.13,
- Anwohner 1 - 9 vorgebracht mit den Schreiben vom 15.07.11 (A. 4), vom 20.07.11 (A. 1 - 3, 5 und 7), vom 21.07.11 (A. 6 und 8) und vom 22.07.11 (A. 9) und
- Anwohner 1 vorgebracht mit Schreiben vom 05.08.13 und Anwohner 2 mit Schreiben vom 05.08.13 und 13.11.13.

Die in den beiliegenden Auswertungsberichten (Anlage 1 (Beteiligungen 2013) und Anlage 2 (Beteiligung 2011)) enthaltene Prüfung der Stellungnahmen einschließlich der Abwägungsempfehlungen werden gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein wird der Bebauungsplan in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 6) gebilligt.

3. Der Beschluss des Bebauungsplanes 10.04.00 – Blankensee/ Alter Dorfkern – durch die Bürgerschaft ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

TOP 3 Sonstige Beschlussvorlagen

TOP 4 Mitteilungen und Berichte

TOP 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Lötsch teilt mit, dass Frau Bade (Behindertenbeauftragte der Hansestadt Lübeck) sich mit einem gebrochenen Handgelenk und Oberschenkel im Krankenhaus befinde und er eine Karte mit Genesungswünschen herum gäbe, die jeder unterschreiben könne.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2 Sonstige Mitteilungen und Berichte

TOP 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

TOP 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

TOP 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Sandsteinportal Braunstraße – Alte Paketpost (Herr Howe) (5.060) (TOP 5.2.6 am 18.11.2013)

Herr Howe merkt an, dass sich bei dem Sandsteinportal in der Braunstraße neben den alten Paketpost die Figur langsam auflöse und ob die Möglichkeit der Restauration bestünde.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden stellt fest, dass das Gebäude der Post gehöre, sagt aber zu der Sache nachzugehen und ggf. den Denkmalschutz informieren.

Abschließende Antwort (vom Bereich Denkmalschutz, Frau Dr. Irmgard Hunecke):

Das Gebäude gehört momentan einer Immobilien GmbH aus Hamburg. Der letzte Kontakt zu diesem Eigentümer datiert aus 2009. Dabei ging es inhaltlich um die dringend notwendige Sanierung des denkmalgeschützten Sandsteinportals. Der Bereich Denkmalschutz bat um ein gemeinsames Gespräch, um die Mithilfe zur Einwerbung von Fördermitteln bei der Possehlstiftung anzubieten. Anfang März 2010 wurde vom Bereich ein Formular zur Beantragung von Zuschussmitteln an den Eigentümer geschickt. Danach enden alle Aktenvorgänge bei der Denkmalpflege.

Auch vor 2009 wurden schon diverse Versuche seitens der Denkmalpflege unternommen, die wechselnden Eigentümer zur Restauration des Portals zu bewegen.

Der Bereich Denkmalschutz wird auch weiterhin versuchen die Portalrestauration mit dem Eigentümer zu thematisieren.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Konzept Travemünde Baggersand (Herr Dr. Brock) (5.610)

Herr Dr. Brock möchte wissen, ob es ein Konzept für die Weiterentwicklung des Parkplatzes Baggersand in Travemünde gäbe und wie die städtebauliche Neuordnung, die zu Travemünde passen müsse, aussehe.

Momentan befindet sich zwischen den zwei neuen Gebäuden eine Freifläche, auf der u.a. Fischverkauf (wildes Bauen) stattfindet. Wasserseitig liegt ein schmuckloser

schwarzer Pavillon im Wasser und es gibt einen Kutter mit Gastronomie.
Herr Dr. Brock möchte dazu wissen, wie die Genehmigungssituation hierfür aussieht oder ob es sich um berechnigte Nutzung handelt.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Leerstand Priwall, Wiekstraße 9 (Frau Kaske) (5.610)

Frau Kaske möchte wissen, was mit dem leerstehenden Gebäude (ehemaliges Wohnheim) auf dem Priwall, in der Wiekstraße 9 geplant sei.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.3 Trampelpfad Behaimring (Frau Kaske) (5.631)

Frau Kaske spricht den Trampelpfad hinter dem Garagenhof im Behaimring an, der zum Bolzplatz beim Sky-Markt führt. Es gibt eine Initiative zur Erhaltung dieses Pfades. Es möge festgestellt werden, wer der Eigentümer des Trampelpfades sei.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.4 Finanzierung Gebäudemanagement (GM) (Frau Kaske / Herr Lötsch) (5.651)

Frau Kaske möchte wissen, ob die Mieten für stadteigene Immobilien beim GM oder in den Fachbereichen landen. Weiterhin möchte sie wissen, wie die finanzielle Ausstattung sei und ob von den Kostenmieten die Instandsetzung der Gebäude finanziert werde. Auch möchte Frau Kaske wissen, ob alle städtischen Gebäude bei der Zuständigkeit des GM lägen.

Herr Lötsch möchte dazu wissen, für welche Gebäude die Mieten woanders hin fließen.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden erläutert, dass es einen Bürgerschaftsbeschluss gäbe, dass das GM in 2014, spätestens zum Haushalt 2015 ein Konzept der Mieten zu erarbeiten habe. Alle städtisch genutzten Gebäude sind formell beim GM angesiedelt

Herr Senator Boden sagt die Darstellung eines Zwischenstandes zur nächsten Sitzung zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.5 Markt Schlutup (Herr Quirder) (5.660)

Herr Quirder fragt nach, warum die Bordsteine am Schlutuper Markt nicht barrierefrei errichtet wurden. Auf der einen Seite sei der Bordstein mit einer Teerrampe ausgestattet und auf der anderen Seite in der Höhe angeglichen. Beides sei nicht zielführend und müsse nachgebessert werden.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.6 Busbucht Krempelsdorfer Allee (Herr Pluschkell) (5.660)

Herr Pluschkell möchte wissen, warum seine Anfrage vom 17.06.2013 bisher noch nicht beantwortet wurde. Er hätte gerne eine verbindliche Auskunft. Sofern die von ihm aufgezeigten Mängel abgestellt würden, zöge er alternativ gerne auch seine Anfrage zurück.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu einer der nächsten Sitzungen zu.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.3 Anträge

**TOP 5.3.1 Antrag aus der Bürgerschaft vom 28. November 2013:
Verlässlichkeit auf der Herreninsel.
Vorlage: VO/2013/01216**

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig auf den 17.02.2014.

**TOP 5.3.2 Antrag von Herrn Pluschkell vom 29.01.2014:
Vorlage: VO/2014/01303**

Herr Pluschkell spricht das geplante Wegekonzept zur Naherholung und den beschlossenen B-Plan für die Fläche zwischen der Puppenbrücke und der Fackenburger Allee an. Hier sollte geprüft werden, ob bei eventuellen Verlegungen von Fernwärmeleitungen die geschlossene Passage unter der Puppenbrücke betroffen sei.

Herr Freitag bittet um Auskunft, ob der im Antrag geforderte Bericht im Februar und damit bis zur Sitzung am 17.02.2014 leistbar sei, was von Herrn Dr. Klotz hinsichtlich der fachlichen Beantwortung bejaht wird.

Der Bauausschuss beschließt den Antrag und vertagt die fachlich-inhaltliche Beratung einstimmig auf den 17.02.2014.

Herr Lötsch bittet nach Beendigung des öffentlichen Teils um 17:20 Uhr um eine

Unterbrechung.

TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst hat.

Lübeck, den 18. Februar 2014

Vorsitz

Thomas Kaacksteen
Protokollführung